

GEW NRW – Nünningstr. 11 – 45141 Essen

Ministerium für Schule und Bildung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Frau Ministerin Yvonne Gebauer
Völklinger Str. 49

40221 Düsseldorf

Nünningstr. 11
45141 Essen
Fon 0201 29403 20
Fax 0201 29403 67
www.gew-nrw.de
maike.finnern@gew-nrw.de
Unser Zeichen MF/Ge
4. März 2020

Offener Brief

Seiteneinsteiger*innen und befristet Beschäftigte an Grundschulen brauchen Unterstützung zur Bewältigung des Schulalltags und Perspektiven zur beruflichen Weiterentwicklung

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die GEW NRW hat Mitte Februar zwei Fortbildungstage mit insgesamt 150 Seiteneinsteiger*innen durchgeführt, von denen viele befristet an Grundschulen beschäftigt sind. Die Teilnehmenden beklagten, dass seitens des Arbeitsgebers, des Landes NRW, die Realitäten ihres Einsatzes nicht zur Kenntnis genommen würden. Die GEW möchte Sie daher mit diesem Brief über die schwierige Arbeitssituation der Kolleg*innen informieren und notwendige Konsequenzen aufzeigen.

Obwohl Seiteneinsteiger*innen, die gemäß Erlass vom 09.12.2016 eingestellt sind (im Folgenden kurz als Seiteneinsteiger*innen bezeichnet), lediglich die Lehrerlaubnis für ein Fach erhalten, werden die meisten im schulischen Alltag in mehreren Fächern eingesetzt. Auch ein Einsatz in Deutsch und/oder Mathematik oder als Klassenlehrer*in kommt häufig vor. Die Kolleg*innen zeigen sich offen für einen breiteren Einsatz und möchte ihre Arbeit gut machen. Sie wünschen sich daher die Möglichkeit, sich für weitere Fächern qualifizieren zu können. Völliges Unverständnis zeigen die Kolleg*innen darüber, dass ihnen verwehrt ist, an Z-Kursen teilzunehmen und die Lehrerlaubnis für weitere Fächer zu erwerben. Einige der Teilnehmer*innen wünschen sich zudem die Möglichkeit eines berufsbegleitenden Lehramtserwerbs.

Befristet Beschäftigte befinden sich oftmals jahrelang in einer sehr schwierigen und unsicheren Arbeitssituation. Auch für die Schulen ist ihr Einsatz in der derzeitigen unregelmäßigen Form unbefriedigend und mit hohem Arbeitsaufwand bei Einstellung und Einarbeitung verbunden. Landeseinheitliche Regelungen fehlen hier völlig. Dies gilt für das Einstellungsverfahren ebenso wie für den Einsatz an den Schulen. Da die Datenlage zur Beschäftigung befristet Beschäftigter äußerst gering ist, wurden diese Kolleg*innen gebeten, an einer anonymen Befragung teilzunehmen.

Ergebnisse dieser Befragung

Ausbildung

Keiner der Teilnehmenden verfügt über eine Lehramtsqualifikation für Grundschulen. Gut die Hälfte der Teilnehmenden verfügt über eine akademische Ausbildung mit Masterabschluss, ein anderes Lehramt oder ein im Ausland erworbenes Lehramt. Dieser Personenkreis kann an Fachwissen anknüpfen.

Einsatz

Viele der Befragten gaben an, dass ihr Vertrag bereits mehrfach verlängert wurde, weil sie an „ihrer“ Schule gebraucht würden. Etwa jede*r Vierte gab an, seit mehr als vier Jahren an einer Schule in NRW beschäftigt zu sein.

Der überwiegende Teil der Teilnehmenden gab an, in mehreren Fächern eingesetzt zu sein, etwa jede*r Sechste arbeitet sogar als Klassenleitung.

Unterstützung

Die Frage nach der erfahrenen Unterstützung offenbart, dass diese zu häufig dem privaten Einsatz einzelner Kolleg*innen zu verdanken ist. Selbst wenn die Schulen die Einarbeitung gut organisieren, basiert diese letztlich immer auf der Hilfsbereitschaft erfahrener Kolleg*innen, denn die Schulen erhalten keinerlei zusätzliche Zeitressourcen dafür. So wird die nötige Hilfe für befristet Beschäftigte zu einer zusätzlichen Belastung für die grundständig ausgebildeten Kolleg*innen.

Eine Teilnahme an Maßnahmen der staatlichen Lehrerfortbildung ist befristet Beschäftigten ohne Lehramt nicht erlaubt, ein Mentoring ist nicht vorgesehen.

Ansätze für eine Verbesserung der Situation der Seiteneinsteiger*innen und befristet Beschäftigten

Wunsch nach Fortbildung

Der meistgenannte Wunsch der Teilnehmenden zur Verbesserung ihrer Situation war der Wunsch nach Fortbildungsmöglichkeiten. Dabei geht es zunächst darum, mehr Sicherheit für die Ausübung der Tätigkeit an der Grundschule zu erlangen, die oftmals mit hohem

Engagement ausgeübt wird. Weiterhin wünschen sich Betroffene eine berufsbegleitende Fortbildung, die zum Erwerb des Lehramtes führt.

Wunsch nach Wertschätzung

Die fehlende Anerkennung und Wertschätzung erleben die Kolleg*innen als zusätzliche Belastung und wünschen sich dringend Abhilfe.

Eine befristet Beschäftigte beschrieb ihre Situation so: „Im Hinblick auf die ‚Gastarbeiter‘ der 1950er Jahren wurde der Spruch populär: Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen! Genauso fühle ich mich, als Hilfe in der Not willkommen, als Mensch nicht geachtet.“

Wunsch nach Berufsperspektive

Für Seiteneinsteiger*innen geht es um Aufstiegsmöglichkeiten und eine vollwertige Rolle im Kollegium, die viele anstreben.

Für befristet Beschäftigte geht es oftmals um existentielle Fragen. Das berufliche Engagement ist stets begleitet von der Ungewissheit, ob der Einsatz nach Ablauf der Befristung fortgesetzt wird und in welchem Stundenumfang. Obwohl ein hoher Bedarf an der erbrachten Dienstleistung „befristete Aushilfe“ besteht, leben die Betroffenen selbst in unsicheren Verhältnissen, stets bedroht von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg. Sie haben keine beruflichen Perspektiven und sind dadurch stark eingeschränkt in ihrer persönlichen Lebens- und Familienplanung.

Nach Einschätzung der GEW geben die Rückmeldungen der Betroffenen deren eigene Probleme sehr gut wieder sowie auch die Schwierigkeiten der stetig wachsenden Anzahl von Grundschulen, die auf deren Hilfe angewiesen sind.

Die GEW NRW mahnt daher an, die aufgezeigten Realitäten in den Blick zu nehmen.

- Prekäre Arbeitsverhältnisse an Schulen darf es nicht geben.
- Die spezifischen Fähigkeiten, die Seiteneinsteiger*innen mitbringen, müssen mehr Wertschätzung erfahren und als Ressource begriffen werden.
- Seiteneinsteiger*innen gemäß Erlass vom 09.12.2016 müssen die Möglichkeit erhalten, an sogenannten Z-Kursen teilzunehmen und sich für weitere Fächer zu qualifizieren.
- Bessere Anerkennung von Vorerfahrungen.
- Möglichkeiten des berufsbegleitenden Lehramtserwerbs müssen geschaffen werden.
- Für befristet Beschäftigte muss eine didaktisch-pädagogische Einführung angeboten werden.

- An den Schulen muss für befristet Beschäftigte eine Unterstützung durch erfahrene Kolleg*innen oder ein Mentoring gewährleistet werden, für welches die erfahrenen Kolleg*innen Entlastung erhalten müssen.
- Für die Einstellung und den Einsatz befristet Beschäftigter müssen Handreichungen erarbeitet werden, die landesweit gelten und Orientierung geben.
- Der Spielraum der Bezirksregierungen, Entfristungen aufgrund von Einzelfallentscheidungen vorzunehmen, muss erweitert werden.

Die Situation der Seiteneinsteiger*innen und der befristet Beschäftigten muss dringend verbessert werden. Nicht nur in deren Interesse, sondern auch im Interesse der Schüler*innen, die von ihnen unterrichtet werden. Darüber hinaus werden die hier geforderten Maßnahmen sich auch positiv und entlastend auf die Arbeitssituation der gesamten Kollegien auswirken.

Mit freundlichen Grüßen

Manke R. —